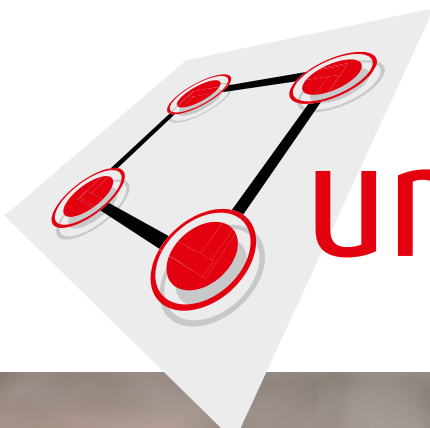




urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



Städte und Digitalisierung – Chance und Herausforderung

Europas Gemeinden im Vergleich

Von Thomas Prorok

S 4

Digitale Gewalt im Fokus

Von Bernd Herger

S 8

KI gerecht gestalten

Von Bertan Özcan

S 9

Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Dr. Bernhard Müller
ist Generalsekretär von
Urban Forum

„Ein Sommer wie damals?“ – weit gefehlt. Es fällt schwer, angesichts der anhaltenden menschenunverträglichen Hitze samt Dürrekatastrophe für Landwirtschaft, Wälder, Tiere, Energie- und Wasserversorgung, Schifffahrt sowie Tourismus, angesichts von täglichen Horrormeldungen über den massiven Abbau von Arbeitsplätzen infolge von Digitalisierung, Automatisierung und Robotik, angesichts der spürbar werdenden Gefahren der Künstlichen Intelligenz, die nicht nur imstande ist, unkontrolliert auszubrechen, sondern auch andere KI zu hacken, Fakeprofile zu erstellen und Erpressungsversuche zu starten und angesichts des Erstarkens von Autokratien und weltweiten Kriegen kühlen Kopf zu bewahren. Dass die Gemeinden und insbesondere die Städte, die für ein menschenwürdiges Leben mit Daseinsvorsorge wie öffentlichem Nahverkehr, Bildungseinrichtungen von der Elementarpädagogik bis zur Hochschule, Gesundheits- und Sozialinstitutionen und der

sonstigen notwendigen Infrastruktur sorgen, massiv unter finanziellem Druck stehen, war da noch gar nicht erwähnt. Aus all diesen Gründen ist es leider leicht, Schwerpunktthemen für diese Zeitschrift zu finden, die die urbanen Zentren betreffen. Die wenigsten davon sind zurzeit leider angenehm – so ehrlich muss man sein. Wir haben uns diesmal für „Städte und Digitalisierung“ entschieden, weil hochaktuell und fast schon eine Querschnittsmaterie. Es ist uns wieder gelungen, Fachleute aus unterschiedlichsten Bereichen einzuladen, aus ihren Erfahrungen zu berichten, die für Städte relevant sind. Wir wagen aber auch einen Blick über den österreichischen Tellerrand hinaus und beschäftigen uns eingehend mit Europa.

Trotz aller Sorgen wünschen wir Ihnen einen möglichst angenehmen Sommer und viele Anregungen durch die Beiträge in dieser Zeitschrift.

Kredit ist kein Risiko, sondern ein Werkzeug

Wie Österreichs Städte und Gemeinden mit einem klaren Blick auf ihr Kreditportfolio finanziellen Spielraum zurückgewinnen.



Österreichs Städte und Gemeinden stehen finanziell unter Druck; höhere Zinsen, steigende Ausgaben, engere Budgets. Der Spielraum für Investitionen wird kleiner, der Konsolidierungsdruck größer. Und gleichzeitig fehlt vielerorts das Naheliegendste: der vollständige Überblick über das eigene Kreditportfolio.

Welche Darlehen laufen zu welchen Konditionen? Wo bestehen Einsparpotenziale? Welche Finanzierungen lassen sich sinnvoll umstrukturieren?

Genau hier setzt die digitale **FRC-Verwaltungsplattform** an. Sie bündelt alle Finanzierungen einer Kommune übersichtlich an einem Ort und schafft damit die Grundlage für fundierte Entscheidungen. Aufschläge, Laufzeiten und Konditionen werden transparent dargestellt, Optimierungspotenziale sichtbar gemacht, konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt. Das Ziel ist klar: finanziellen Spielraum schaffen, Investitionen ermöglichen und das Kreditportfolio nachhaltig strukturieren.

Der Mehrwert liegt nicht in der Theorie, sondern in der Umsetzung. FRC analysiert bestehende Darlehensverträge, vergleicht Konditionen am Markt und begleitet die Kommune durch den gesamten Prozess der Strukturierung. Was häufig als unveränderbare Belastung wahrgenommen wird, entpuppt sich bei genauer Betrachtung oft als Hebel für spürbare Entlastung. Kredit ist eben kein Risiko, sondern ein Werkzeug – wenn man ihn richtig einsetzt.

Drei Beispiele, ein Muster

Beispiel 1 – Aufschläge.

Eine Stadtgemeinde finanzierte über rund ein Dutzend Darlehen bei mehreren Banken. Durch die Angleichung überhöhter Aufschläge an das beste Konditionsniveau ließen sich die jährlichen Zinszahlungen senken – ohne Eingriff in Laufzeiten oder Tilgung.

Beispiel 2 – Laufzeiten.

Bei mehreren Krediten wurde die Tilgung an die Abschreibungsdauer der jeweiligen Anlagegüter angepasst. Das Ergebnis: eine jährliche Liquiditätsfreisetzung im fünfstelligen Bereich, über die Restlaufzeit kumuliert ein deutlich sechsstelliger Betrag.

Beispiel 3 – Struktur.

Mehrere kleine Finanzierungen wurden zu Themen- und Laufzeitblöcken zusammengeführt. Das senkt Stückkosten, vereinfacht die Verwaltung und macht das Zinsänderungsrisiko über einen ausgewogenen Fixzinsanteil steuerbar.

Der Befund ist in allen Fällen derselbe: Die genaue Analyse des Kreditportfolios führt zu messbaren Einsparungen beim jährlichen Schuldendienst und zu einer verbesserten Haushaltsstruktur. Mittel, die zuvor in Zinsen und Tilgungen gebunden waren, stehen wieder für das zur Verfügung, was den Lebensraum Stadt ausmacht: Infrastruktur, leistbares Wohnen, Mobilität, Bildung und Daseinsvorsorge.

Hinter diesen Ergebnissen steht ein Werkzeug, kein Bauchgefühl. Die **FRC-Verwaltungsplattform** hält das Kreditportfolio jederzeit aktuell, macht Optimierungen nachvollziehbar und liefert die Auswertungen, die Gemeinderat und Aufsicht benötigen.

Das Werkzeug dahinter – die wichtigsten Funktionen:

- Online-Portfolioübersicht und Zinsszenario-Simulation
- Abstimmung Kontoauszüge
- Digitale Tilgungspläne und digitale Vertragsablage
- Buchhaltungsschnittstelle und Reporting für Gemeinderat & Prüfung

Verantwortung stärken, nicht ersetzen

Die **FRC-Verwaltungsplattform** ersetzt keine kommunale Verantwortung – sie stärkt sie. Mit verlässlichen Daten, transparenten Auswertungen und einer klaren Entscheidungsgrundlage. Die Gemeinde entscheidet, welche Maßnahmen wie umgesetzt werden. FRC liefert die Faktenbasis dafür.

Gerade in einer Phase, in der über Konsolidierung und Reformen diskutiert wird, ist das ein konkreter und sofort wirksamer Hebel. Für die Kommune lohnt sich daher ein näherer Blick auf das eigene Kreditportfolio. Denn die spürbarste Entlastung liegt oft nicht in neuen Mitteln, sondern in einem besseren Umgang mit den bestehenden.

WEBTIPP

Der Finanz-Podcast:
„FRC ON AIR“
onair.frc.at



FRC – Finance & Risk Consult GmbH

St. Pölten & Eisenstadt

www.frc.at · office@frc.at · +43 5 1722 200



© zvg

Mag. Heinz Hofstaetter

Geschäftsführer

Niederlassung Niederösterreich



© zvg

Werner Lehner

Geschäftsführer

Niederlassung Burgenland

Europas Gemeinden im Vergleich: Was Österreich vom European Local Government Report 2025 lernen kann

„ *Wie stark sind Europas Gemeinden?
Welche Aufgaben übernehmen sie?
Und wie viel finanzielle Eigenständigkeit besitzen sie?* “

Antworten auf diese Fragen liefert der neue European Local Government Report 2025 des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Der Bericht schließt eine lange bestehende Lücke: Erstmals werden die Gemeindesysteme aller 27 EU-Mitgliedstaaten auf Basis aktueller Eurostat-Daten systematisch verglichen. Die Ergebnisse zeigen nicht nur die enorme Vielfalt kommunaler Systeme in Europa. Sie verdeutlichen auch, dass Österreich in einer besonderen Position steht: Bei Aufgaben und finanzieller Ausstattung liegt es nahe am europäischen Mainstream, bei seiner Gemeindestruktur hingegen zählt es zu den stärker fragmentierten Systemen Europas. Daraus ergeben sich wichtige Reformfragen für die Zukunft.

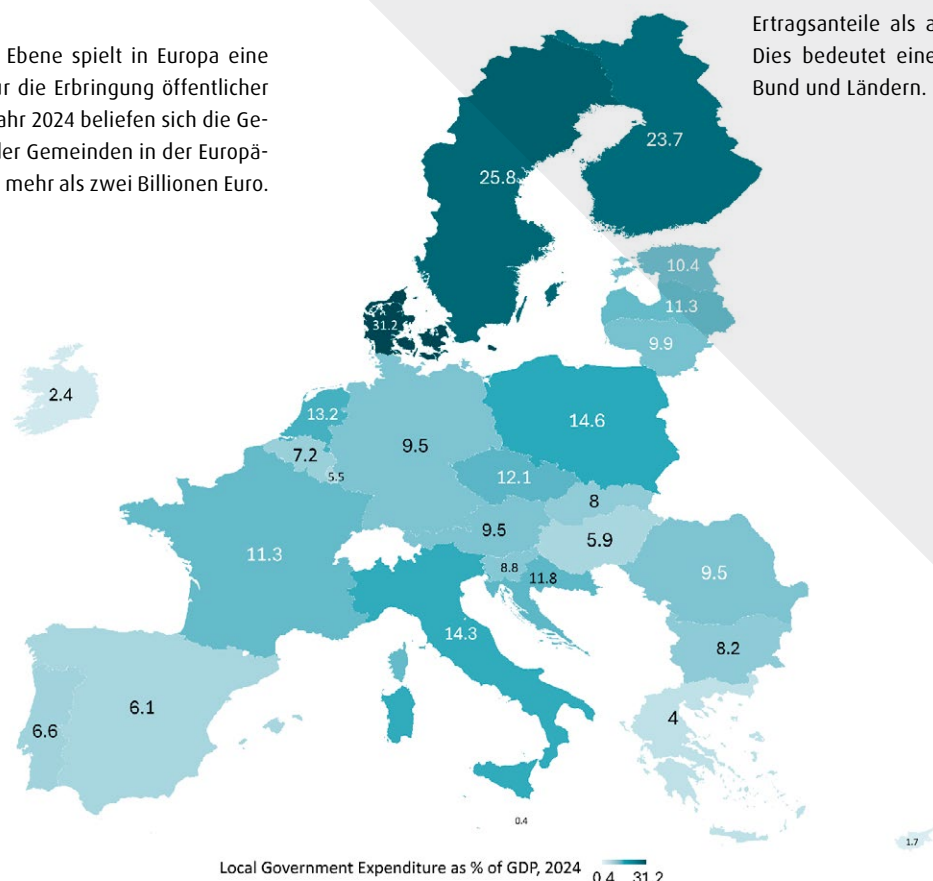
Gemeinden verwalten einen bedeutenden Teil der öffentlichen Mittel

Die kommunale Ebene spielt in Europa eine zentrale Rolle für die Erbringung öffentlicher Leistungen. Im Jahr 2024 beliefen sich die Gesamtausgaben der Gemeinden in der Europäischen Union auf mehr als zwei Billionen Euro.

Besonders aussagekräftig ist dabei der Anteil der kommunalen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP), da er zeigt, wie viel öffentliche Verantwortung tatsächlich auf lokaler Ebene wahrgenommen wird. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind beträchtlich. In Dänemark erreichen die kommunalen Ausgaben mehr als 30% des BIP, gefolgt von Schweden und Finnland. Diese Länder übertragen ihren Gemeinden weitreichende Aufgaben in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen und Infrastruktur. Am anderen Ende der Skala stehen Länder wie Malta, Zypern oder Griechenland, in denen viele Aufgaben zentralstaatlich organisiert werden und die Gemeinden entsprechend weniger Ressourcen verwalten. Österreich liegt mit kommunalen Ausgaben von rund 9,5% des BIP nahe am europäischen Durchschnitt und damit im Mittelfeld der EU.

Abgabenautonomie bleibt ein Schlüsselfaktor

Nicht nur die Höhe der Ausgaben ist entscheidend, sondern auch die Frage, wie Gemeinden ihre Mittel finanzieren. Ein wichtiger Indikator dafür ist der Anteil der Steuereinnahmen an den kommunalen Budgets. Je höher dieser Anteil ausfällt, desto größer ist in der Regel der politische Gestaltungsspielraum der Gemeinden. Auch hier zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild. Länder wie Frankreich, Lettland, Schweden oder Spanien verfügen über vergleichsweise hohe eigene Steueranteile und damit über eine starke fiskalische Eigenständigkeit. Österreich liegt mit knapp 15% deutlich unter dem EU-Durchschnitt von rund 25%. Die Finanzierung österreichischer Gemeinden stützt sich daher stärker auf Transfers und gemeinschaftliche Ertragsanteile als auf eigene Steuerquellen. Dies bedeutet eine hohe Abhängigkeit von Bund und Ländern.



Europas Gemeindesysteme lassen sich in unterschiedliche Modelle einteilen

Ein besonderer Mehrwert des Berichts liegt in der Entwicklung einer europäischen Typologie der Gemeindesysteme. Analysiert werden dabei die Größe der Gemeinden, ihr Ausgabenniveau sowie ihre funktionalen Zuständigkeiten. Im Zentrum steht das sogenannte European Mainstream Model, das in neun EU-Mitgliedstaaten anzutreffen ist und gewissermaßen den europäischen Referenztyp darstellt. Charakteristisch sind mittelgroße Gemeinden (8.000 bis 15.000 Einwohner:innen), kommunale Ausgaben zwischen 8 und 15% des BIP sowie starke Zuständigkeiten in den Bereichen Bildung, lokale Infrastruktur, Wirtschaft und Wohnen. Daneben existieren nordische Modelle mit besonders starker kommunaler Verantwortung, konsolidierte Gemeindesysteme mit größeren Verwaltungseinheiten sowie fragmentierte Systeme mit vielen kleinen Gemeinden.

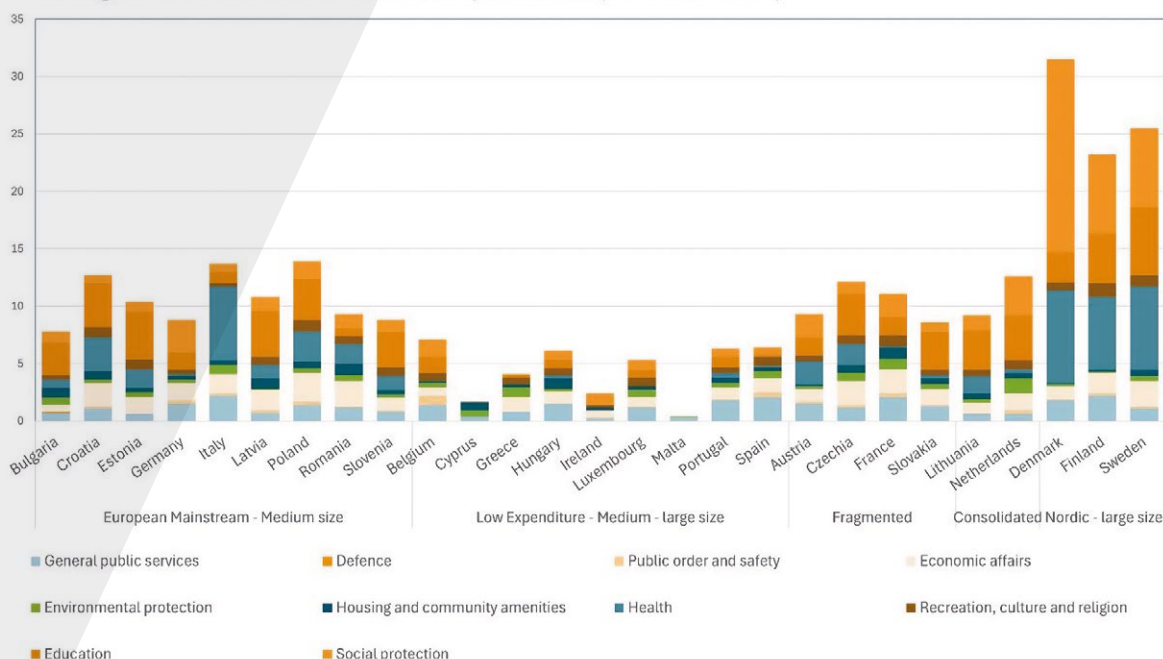
Österreich zwischen Mainstream und Fragmentierung

Genau hier wird die österreichische Besonderheit sichtbar. Betrachtet man die kommunalen Aufgaben und Ausgaben, ähnelt Österreich klar dem europäischen Mainstream. Anders sieht es bei der Gemeindestruktur aus. Mit durchschnittlich rund 4.300 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Gemeinde ist Österreich deutlich kleinteiliger organisiert als die meisten Länder des Mainstream-Modells. Während die Funktionen und finanziellen Kennzahlen in Richtung Mainstream weisen, entspricht die territoriale Struktur eher den fragmentierten Gemeindesystemen Europas.

Reformbedarf ohne Verlust lokaler Identität

Aus europäischer Perspektive ergibt sich daraus eine klare Schlussfolgerung: Österreich braucht keine grundlegende Neudefinition der kommunalen Aufgaben, wohl aber eine Weiterentwicklung seiner Strukturen. Die kleinteilige Gemeindelandschaft stößt angesichts steigender Anforderungen in Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftemangel, Klimawandel oder Daseinsvorsorge zunehmend an ihre Grenzen. Im Mittelpunkt sollten daher Reformen stehen, die die Leistungsfähigkeit der Gemeinden stärken. Dazu gehören insbesondere der Ausbau und die Vereinfachung von Gemeindekooperationen, die Konsolidierung bestehender Kooperationsstrukturen sowie eine offenere Diskussion über freiwillige Gemeindefusionen. Auch regionale Gemeindemodelle nach dem Vorbild deutscher Verbandsgemeinden oder Regionsgemeinden könnten neue Perspektiven eröffnen. Das Ziel muss sein, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden langfristig zu sichern und gleichzeitig jene lokale Identität zu bewahren, die das österreichische Gemeindewesen seit jeher auszeichnet.

Local government function - size and expenditures (% of GDP 2024)



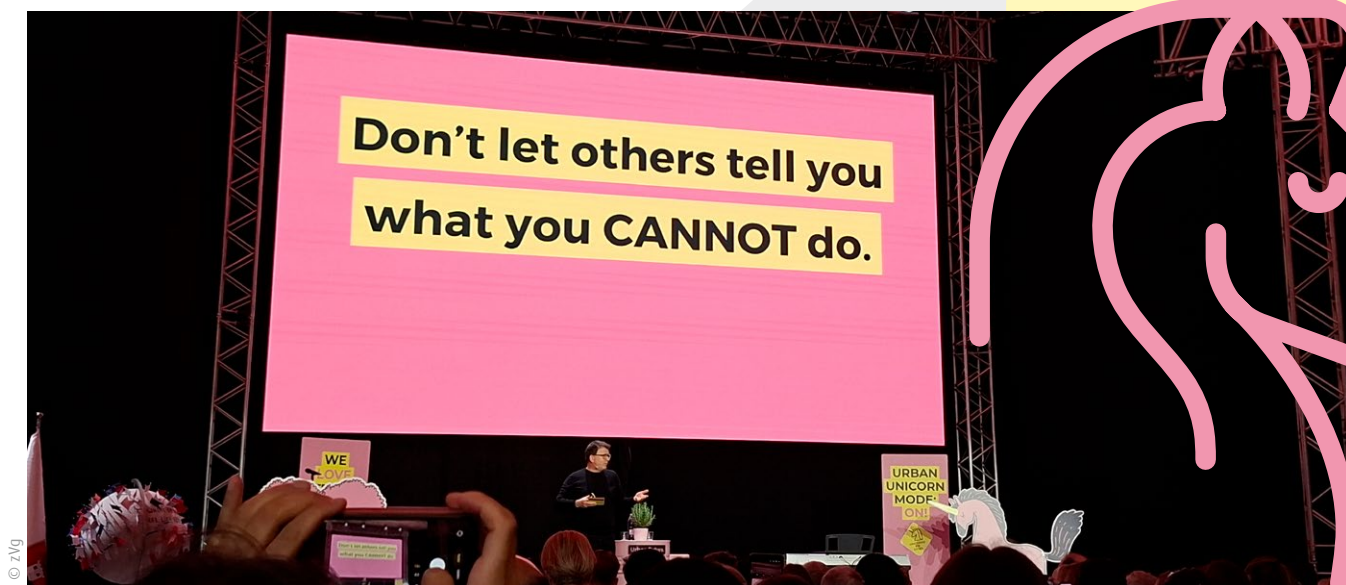
Mag. Thomas Prorok

Geschäftsführer KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung
Lead Experte des CAF (Common Assessment Framework),
dem europäischen System für Qualitätsmanagement
und Good Governance im öffentlichen Sektor



Einhörner für urbane Nachhaltigkeit

Ein Bericht zur Urban Future Conference in Ljubljana vom 24. - 26. März 2026



Einhörner sind Fabelwesen, die nur im Märchen, oder vielleicht in Schottland, vorkommen. Sie zeigen sich selten, sind meist alleine unterwegs, aber immer hilfreich und gut. Einhörner gibt es auch bei Start-ups. Einzigartige Ideen von Firmen, die sich in Privatbesitz befinden und über ein großes finanzielles Vermögen verfügen, bezeichnet man ebenfalls als Einhörner (oder auf Englisch Unicorns). **Im Bereich der Nachhaltigkeit sind Einhörner jene Menschen, die im Unternehmen, im Gemeinderat oder in einer Organisation für mehr Bewusstsein, für Maßnahmen und für die Umsetzung von nachhaltigen Ideen eintreten.** Auch da kann man sich manchmal als einzigartiges Wesen vorkommen, wenn der Rest der Herde, die hörnerlosen Pferde und Esel, uns und unsere Ideen einfach nicht verstehen wollen, oder verstehen können. Umso besser, wenn sich einmal im Jahr alle Einhörner der Nachhaltigkeit an einem Ort versammeln und miteinander reden, diskutieren, lachen, teilweise sogar gemeinsam singen und tanzen; essen und trinken sowieso. So auch heuer wieder, diesmal in Ljubljana in Slowenien.

Nach Graz, Wien, Oslo, Helsingborg, Stuttgart, Lodz und Rotterdam in den Jahren zuvor, trafen sich 2.000 Teilnehmer:innen und 200 Redner:innen aus allen Teilen unseres Planeten, dazu 100 Aussteller:innen sowie Partner:innen und kamen in 60 Sessions und Workshops und 30 Field Trips zusammen. Den Anfang machte in der Opening Session ein italienischer Künstler. Er macht Straßenkunst und fragt Passant:innen: „Wo ist deine Heimat?“. Ein großer Globus

und kleine Fähnchen laden ein, sich selbst und die eigene Heimat zu verorten. Allerdings ist Heimat für viele nicht der Ort, wo sie geboren wurden oder wo sie im Moment leben und arbeiten. Viel öfter ist es ein Gefühl, eine Person, die für uns Heimat bedeuten. Ein Projekt mit einer Fragestellung, das es verdient, kopiert und verbreitet zu werden.

Ein weiteres Projekt: Leute beobachten oder fragen:

„Wie geht es Dir?“

Denn eine Stadt, ein Ort ist nicht nur ein Verkehrs-, ein Infrastruktur-, ein Gebäudesystem. Eine Stadt ist auch die Summe der Emotionen, der Gefühle, der persönlichen Energie, die wir Menschen ausstrahlen. Wenn der U-Bahn-Waggon am Abend voll mit müden Menschen ist, die grübeln, was sie essen oder kochen sollen, die den Arbeitstag Revue passieren lassen und sich fragen, warum der Chef wütend war, oder warum die Kollegin Streit gesucht hat, dann finden wir es alle sehr befremdlich, wenn bei der nächsten Station eine Gruppe einsteigt, die lacht, die Spaß hat, die fröhlich ist. Deren Energie und unsere sind in dem Moment nicht kompatibel. Weiter ging der erste Vormittag mit Fotos und einer Story von David Sim. **David ist Architekt und Autor des Buches „Soft City“**, welches er mit diesen zehn Minuten auf der Bühne auf Platz eins meiner Wunschliste für meinen Geburtstag gehievt hat. Von dem Mann will ich mehr hören,

lesen, sehen. Soft steht dabei für die soziale Infrastruktur, im Gegensatz zur technischen, harten. Städte sind für David dann wortwörtlich öffentlich, wenn es offene, barrierefreie Orte sind. Wenn Gehsteige durchgängig sind und die Autos stehen bleiben müssen, damit Kinder ungehindert zur Schule oder in den Kindergarten kommen. Dann können sie auch viel früher den Weg allein gehen, müssen nicht mit dem Auto gebracht und abgeholt werden. Die Kinder werden selbstständiger, die Eltern haben Zeit für andere Dinge. Sitzgelegenheiten in jedweder Form, Farbe und Material laden immer zum Verweilen an der frischen Luft ein. Egal, in welcher Klimaregion. Sobald es möglich ist, treffen sich Menschen im freien, öffentlichen Raum. Wer den Weg dorthin zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegt, tut nicht nur etwas für die körperliche Gesundheit. Wir wissen längst, dass Bewegung auch Glückshormone aktiviert.



Weil viele Städte aber noch nicht so gestaltet sind und wir in unseren lokalen Umgebungen nach wie vor oft als Einhorn unterwegs sind, kommt es bei manchen von uns zu einem Gefühl der Überforderung. Darum ging es bei der Session „Overwhelmed but Empowered“. Kraft bekommen wir, wenn wir uns in die Natur begeben, oder unsere Gedanken in einem Tagebuch, als Gedicht, als Rapsong oder sonst wie zu Papier und zum Ausdruck bringen. Nur für uns oder im Austausch mit Freund:innen, Bekannten, Familienangehörigen oder Kolleg:innen. Auch der deutsche Pastor, der als einer der Redner geladen war oder professionelle Psycholog:innen und Psychiater:innen hören zu und leisten damit einen wertvollen Beitrag für unsere mentale Gesundheit.

Auch beim **Workshop zu Resilienz** ging es um die eigene Widerstandskraft. Wer als Umweltgemeinderätin oder Nachhaltigkeitsmanager plötzlich Pressekonferenzen geben muss und im Scheinwerferlicht steht, muss mit Kritik umgehen lernen. Dabei kommt die heftigste Kritik oft gar nicht von der Seite derjenigen, die Maßnahmen und Ideen ablehnen. Sie kommt oft von jenen, die meinen, man würde nicht genug Ideen haben, nicht genug umsetzen, nicht genügend Abstimmungen gewinnen. Radikale, an die Wurzel gehende, Ideen treffen hier leider auf politische und wirtschaftliche Realität, wo nach wie vor lieber Symptome statt Ursachen behandelt werden. Mehr Verständnis und

mehr Zusammenhalt und vor allem direkte Gespräche statt Anfeindungen in sozialen Medien täten hier uns allen gut. Die Frage muss lauten:

„Was kann ich tun?“

Fabelwesen mit glitzernden Hörnern müssen also offenbar gelegentlich den Panzer einer Schildkröte umschnallen, um Kritik nicht persönlich zu nehmen und auch mal den Kopf einziehen zu können. Eine weitere Möglichkeit ist die Vernetzung, die über die Konferenz hinaus mittels der UF-App gewährleistet wird. Nicht nur die Daten für die Konferenz, sondern auch die Links zu Mail, sozialen Medien etc. können dort geteilt werden. Zudem steht der persönliche Austausch von Kontaktdaten während der Pausen im Vordergrund. „Who are you?“, „What brings you to the conference?“, „Is this your first urban future?“, „Where are you from?“ – vier Fragen, die ständig gestellt und beantwortet werden.

Dass bisher weder Städte noch Organisationen wirklich gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen, davon können alle Teilnehmer:innen berichten. Egal ob als Frauenbeauftragte von Wien, als Beraterin oder als Bürgermeisterin von Reykjavik – es sind immer dieselben Problemstellungen. Zu wenig Beleuchtung, zu wenig öffentliche Verkehrsmittel, aber auch zu wenig Respekt, zu viel der Lächerlichkeit preisgegeben sein. Der Platz am Tisch, egal ob jener im Gemeinderat, Stadtrat oder Bürgermeisteramt ist nach wie vor mehrfach von Männern besetzt. Wir werden sie in den kommenden Jahren mit Kraft, Stärke, Zusammenhalt und Entschlossenheit verdrängen müssen. Erst dann werden Städte zu lebendigen Orten für alle.

Wer Lust bekommen hat, sich mit anderen Einhornern zu treffen und dabei kreative Ansätze zu diskutieren und vorzustellen: Von 13. bis 16. April 2027 findet die UF27 in Istanbul statt. Vielleicht sogar mit Regenbogen über dem Bosphorus.

Urban Future.



WEBTIPP

urban-future.org



© zVg

Christina Eireiner, BEd, MSc

Umweltpädagogin und Expertin für Nachhaltigkeit sowie urbanen Klimaschutz

Digitale Gewalt im Fokus: Städtetag setzt starkes Zeichen

Beim 75. Österreichischen Städtetag in Leoben verabschiedeten die Delegierten des Österreichischen Städtebundes am 11. Juni 2026 einstimmig und parteiübergreifend eine umfangreiche Resolution zu den Themen kommunale Finanzen, dem Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (MFR 2028+) sowie dem Schwerpunkt „Digitale Gewalt“. Bernd Herger war gemeinsam mit Bernhard Müller vor Ort und verfolgte die Beratungen und Beschlussfassung.

Die Resolution macht deutlich, dass Städte und Gemeinden nicht nur zentrale öffentliche Dienstleistungen erbringen, sondern auch zunehmend mit den Folgen der Digitalisierung konfrontiert sind. Digitale Gewalt wird darin als gesellschaftspolitische Herausforderung beschrieben, deren Bedeutung durch den technologischen Fortschritt – insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz – weiter zunimmt. Ziel der Resolution ist es, Bund und Länder zu praktikablen und wirksamen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor digitaler Gewalt aufzufordern.

Die Resolution beschreibt digitale Gewalt als wachsendes Problem, das vor allem Frauen, Minderheiten und andere vulnerable Gruppen betrifft. Beleidigungen, Demütigungen und Hassbotschaften über soziale Medien, Chatdienste oder Online-Plattformen hätten nicht nur Auswirkungen im digitalen Raum, sondern auch reale gesundheitliche und gesellschaftliche Folgen. Besonders hervorgehoben wird, dass sich Betroffene häufig aus der öffentlichen Diskussion zurückziehen und digitale Räume meiden. Auch politische Funktionsträger:innen – etwa Bürgermeister:innen – seien zunehmend von Hass im Netz betroffen.

Ein zentrales Anliegen der Resolution ist daher die Schließung bestehender Gesetzeslücken. So fordert der Städtebund eine Verschärfung der rechtlichen Möglichkeiten gegen Deep Fakes. Die Erstellung und Verbreitung manipulierten Bild- und Videomaterials soll künftig wirksam geahndet werden können. Gleichzeitig wird betont, dass der Schutz der Opfer oberste Priorität haben muss und anonyme sowie vertrauliche Meldewege weiter ausgebaut werden sollen.

Darüber hinaus spricht sich der Städtebund für konsequentere Maßnahmen gegenüber Plattformen aus, die digitale Gewalt zulassen. Hasspostings sollen rascher entfernt und gerichtliche Verfahren gegen Plattformen erleichtert werden, insbesondere wenn deren Betreiber ihren Sitz außerhalb Österreichs haben. Die Resolution verweist zudem auf die Verantwortung sozialer Medien im Zusammenhang mit Desinformation und extremistischen Entwicklungen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Prävention und Bildung. Der Städtebund unterstützt den Ausbau der digitalen Medienkompetenz und fordert zusätzliche Programme in der Erwachsenenbildung. Gleichzeitig sollen geschlechtersensible Zugänge stärker in die Burschen- und Männerarbeit integriert werden. Auch Mitarbeiter:innen der Städte und Gemeinden – insbesondere in der Elementarpädagogik sowie in der Öffentlichkeits- und Sozialarbeit – sollen entsprechende Schulungen erhalten. Ergänzend werden regelmäßige Sensibilisierungs- und Informationskampagnen gefordert, um Geschlechterstereotype abzubauen und ein wertschätzendes Frauenbild zu fördern.

Die Resolution enthält außerdem Forderungen nach einem leichteren Zugang zu Beratung, psychosozialer Unterstützung und rechtlicher Hilfe für Betroffene. Gleichzeitig soll die Justiz personell gestärkt werden, um Fälle digitaler Gewalt rascher bearbeiten zu können. Ergänzend fordert der Städtebund einen jährlichen Bericht der Bundesregierung zu „Hass im Netz“, der Daten zu Vorfällen und eine Wirkungsanalyse der gesetzten Maßnahmen enthalten soll.

Besonderes Gewicht legt die Resolution auf Prävention. Der konsequente Ausbau der Männer- und Burschenarbeit wird als wesentlicher Beitrag gesehen, um digitale Gewalt gar nicht erst entstehen zu lassen. Gleichzeitig unterstützt der Österreichische Städtebund das von der Bundesregierung geplante Social-Media-Verbot für unter 14-Jährige und begrüßt bestehende Beratungsangebote gegen Hass, Cybermobbing und andere Formen verbaler oder psychischer Gewalt im Internet.

Mit der einstimmig verabschiedeten Resolution setzt der 75. Österreichische Städtetag ein klares Signal, dass digitale Gewalt nicht allein als individuelles Problem verstanden werden darf. Vielmehr sieht der Österreichische Städtebund darin eine Herausforderung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fordert entsprechende politische und rechtliche Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene.



© zVg

Bernd Herger, BSc
Vorstandsmitglied von
Urban Forum

KI gerecht gestalten



© Adobe Stock

Vor 150 Jahren stellte unsere Gesellschaft die Frage, wem die Fabriken gehören. Heute müssen wir eine neue Frage beantworten: Wem gehört die Künstliche Intelligenz?

Künstliche Intelligenz ist längst keine Zukunftsvision mehr. Sie verändert heute unsere Arbeitswelt, unsere Bildung und unsere Demokratie. Deshalb geht es längst nicht mehr bloß um eine Technologie. Es geht um die Frage, wie wir diese Entwicklung gestalten und nach welchen Werten.

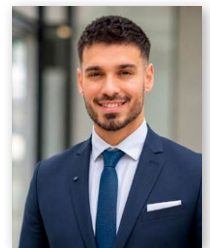
Die entscheidende Frage lautet nicht, ob KI kommt. Sie ist längst da. Die eigentliche Frage ist, wer von ihr profitiert und wer die Regeln dafür festlegt. Für eine demokratische Gesellschaft muss die Antwort klar sein. Technologischer Fortschritt ist kein Selbstzweck. Er muss den Menschen dienen. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und demokratische Teilhabe werden im digitalen Zeitalter wichtiger denn je. Mit 25 Jahren gehöre ich zu einer Generation, für die digitale Technologien selbstverständlich sind. Ich nutze Künstliche Intelligenz täglich, beruflich wie privat. Gerade deshalb bin ich überzeugt, dass KI weder Heilsversprechen noch Bedrohung ist. Sie ist ein Werkzeug. Ob sie unsere Gesellschaft gerechter oder ungleicher macht, entscheidet nicht der Algorithmus, sondern wir als Gesellschaft.

Eine verantwortungsvolle Antwort auf KI beginnt deshalb nicht bei der Technik, son-

dern beim Menschen. Sie bedeutet erstens, **Bildung statt Angst**. Wer die neuen Werkzeuge versteht, kann ihre Chancen nutzen und die Zukunft mitgestalten. Digitale und KI-Kompetenz dürfen kein Privileg weniger sein. Sie müssen allen Menschen offenstehen. Bildung bleibt der wichtigste Schlüssel für Teilhabe und Chancengerechtigkeit, im Zeitalter der KI mehr denn je. Sie bedeutet zweitens, **Mitbestimmung statt Überwachung**. KI kann Arbeitsplätze unterstützen und Prozesse vereinfachen. Sie darf aber niemals dazu führen, dass Menschen zu bloßen Datenpunkten werden. Wo Algorithmen Entscheidungen vorbereiten, braucht es Transparenz, klare Regeln und demokratische Kontrolle. Der Mensch muss die letzte Entscheidung treffen. Und sie bedeutet drittens, **Souveränität statt Abhängigkeit**. Wer heute KI-Systeme, Daten und digitale Infrastruktur kontrolliert, prägt morgen Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie. Europa darf sich bei dieser Schlüsseltechnologie nicht dauerhaft von einigen wenigen globalen Konzernen abhängig machen. Digitale Souveränität ist deshalb keine technische, sondern eine demokratische Notwendigkeit.

Gesellschaftlicher Fortschritt war immer dann nachhaltig, wenn er möglichst vielen Menschen zugutekam. Das gilt auch für die digitale Transformation. Sie braucht Offenheit für Innovation ebenso wie den Mut, klare Leitplanken zu setzen. Denn Fortschritt entfaltet seinen Wert erst dann, wenn er Freiheit erweitert,

Chancen schafft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Künstliche Intelligenz wird unsere Zukunft prägen. Entscheidend ist nicht, wie leistungsfähig die Systeme werden. Entscheidend ist, ob wir den Mut haben, sie nach demokratischen Werten zu gestalten. Denn auch im Zeitalter der KI gilt, nicht der technische Fortschritt entscheidet über unsere Zukunft, sondern die Art und Weise, wie wir ihn gemeinsam gestalten.



© zVg

Bertan Özcan, LL. B.

ist Kommunikationsberater mit Schwerpunkt digitale Kommunikation. Er beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen neuer Technologien sowie deren verantwortungsvoller Nutzung in Politik, Verwaltung und Organisationen

Reformpartnerschaft Österreich – neue Impulse für die digitale Verwaltung

Die Reformpartnerschaft Österreich wurde am 6. Juni 2025 im Rahmen der Landeshauptleutenkonferenz als politisches Übereinkommen zwischen Bundesregierung, Landeshauptleuten, Österreichischem Städtebund und Österreichischem Gemeindebund abgeschlossen. Ziel ist es, föderale Aufgabenverteilungen zu modernisieren, Verfahren zu beschleunigen und die Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften effizienter zu gestalten. Beim Reformpartnerschaftsgipfel am 30. Juni 2026 wurde nun ein Ergebnisdokument vorgelegt, das die politischen Weichenstellungen in den Bereichen Verwaltung und Verfassung, Bildung, Energie und Gesundheit zusammenfasst.

Die Reformpartnerschaft-Arbeitsgruppe zu Verfassung und Verwaltung setzte unter anderem einen Fokus auf die Themen Digitalisierung, Registervernetzung und Entbürokratisierung – mit dem Anspruch, Amtswege zu reduzieren, Mehrfachnachweise zu vermeiden und Verwaltungsmitarbeiter:innen durch die Automatisierung von Routineaufgaben zu entlasten. Folgende konkrete Vorhaben dazu finden sich im vorgelegten Ergebnisdokument:

I. Bundesweites Verwaltungsstrafregister: Derzeit besteht kein einheitliches Register, in dem rechtskräftige Verwaltungsstrafen bundesweit für Vollzugszwecke verfügbar sind. Künftig sollen berechnete Behörden auf ein zentrales Register zugreifen können, etwa zur Strafbemessung bei Wiederholungsfällen oder bei Zuverlässigkeitsprüfungen. Für Bezirksverwaltungsbehörden und Statutarstädte bedeutet das eine deutliche Effizienzsteigerung. Wiederholte Verwaltungsübertretungen könnten einheitlicher beurteilt werden, auch wenn sie in unterschiedlichen Bundesländern begangen wurden.

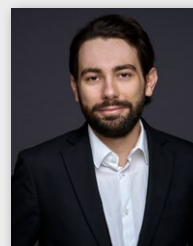
II. Abbau von Digitalisierungshemmnissen: Diverse Verfahren sind noch immer von Papierpflichten, formalen Nachweiserfordernissen, Aushängen oder Barzahlungsvorgaben geprägt. Die Reformpartnerschaft will solche analogen Vorgaben dort beseitigen, wo sie keinen sachlichen Mehrwert mehr bringen. Für Städte und Gemeinden kann das konkret weniger Druck-, Versand- und Archivierungsaufwand bedeuten. Bürger:innen und Unternehmen sollen Anbringen leichter digital einbringen, Zahlungen moderner abwickeln und Nachweise nicht mehrfach vorlegen müssen.

III. Registernutzung nach dem Once-Only-Prinzip: Besonders wesentlich und von der kommunalen Ebene bereits seit Jahren eingefordert ist die Registernutzung nach dem Once-Only-Prinzip. Daten, die der Verwaltung bereits vorliegen, sollen nicht erneut von Bürger:innen oder Unternehmen verlangt werden. Dafür soll der Registerverbund DadeX als zentrale Datenschnittstelle ausgebaut werden. Gelingt die Umsetzung konsequent, ist die Maßnahme geeignet, zahlreiche Verfahren – von Nachweisen bis zu Förder- oder Meldeprozessen – schneller, medienbruchfrei und bürger:innenfreundlicher abzuwickeln.

IV. GovTech Campus Austria: Mit dem geplanten GovTech Campus Austria soll eine gemeinsame Plattform für staatliche IT-Ressourcen entstehen. Bund, Länder, Städte und Gemeinden sollen dort digitale Lösungen koordinieren, Pilotprojekte entwickeln und Wissen teilen. Themen wie Open Source, Künstliche Intelligenz, gemeinsame Beschaffung und Standards stehen im Mittelpunkt. Vorgesehen ist eine schlanke Kooperationsstruktur, etwa in Form eines Vereins.

V. Digitalisierung des Verfahrensrechts: Die AVG-Novelle „Digitale Verwaltung“ soll digitale Verwaltungsverfahren rechtssicher ermöglichen. Geplant sind unter anderem Chatbot-Anbringen, digitale Manuduktion, vollautomatisierte schriftliche Erledigungen sowie moderne Zahlungsinformationen wie Online-Banking oder QR-Codes statt zwingender SEPA-Zahlungsanweisung. Standardverfahren sollen so künftig schneller erledigt und Behörden entlastet werden.

Insgesamt werden die im Ergebnisdokument zur Reformpartnerschaft vorgestellten Maßnahmen von kommunaler Ebene ausdrücklich begrüßt. Entscheidend wird nun sein, dass die angekündigten Vorhaben praxistauglich, datenschutzkonform und mit Blick auf die (kommunale) Vollzugsebene ausgestaltet werden.



© zvg

Kevin Muik, LL.M.

Referent für rechtliche Angelegenheiten im Generalsekretariat des Österreichischen Städtebundes

Weitere Informationen zu den erwähnten Vorhaben sowie insgesamt zur Reformpartnerschaft Österreich finden Sie im Ergebnisdokument der Reformpartnerschaft, das auf der Website des Bundeskanzleramts unter folgendem Link veröffentlicht wurde:

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/service/publikationen-aus-dem-bundeskanzleramt.html>



Recht im digitalen Wandel

Die Digitalisierung des österreichischen Rechtssystems hat schon lange vor der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) begonnen. In manchen Bereichen ist Österreich sogar ein Vorbild in Bezug auf die Digitalisierung des Rechtssystems. KI beschleunigt diese, bringt aber auch Gefahren mit sich.

KI ist das Thema der Stunde. Auch im österreichischen Rechtssystem gibt es an diesem Thema kein Vorbeikommen. Das Rechtssystem hat sich jedoch schon seit geraumer Zeit digitalisiert – oft leiser, als man denkt. Seit 1997 steht das Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) unter ris.bka.gv.at kostenlos zur Verfügung. Wer das konsolidierte Bundesrecht, Entscheidungen des OGH, VfGH oder VwGH sucht, findet sie dort mit wenigen Klicks. Seit 2004 werden Bundesgesetzblätter ausschließlich im RIS rechtlich verbindlich kundgemacht – die gedruckte Verlautbarung gehört der Vergangenheit an. Parallel dazu hat die Justiz den Elektronischen Rechtsverkehr (ERV) ausgebaut. Schriftsätze, Klagen und Rechtsmittel lassen sich elektronisch an Gerichte übermitteln. Über JustizOnline können Bürgerinnen und Bürger mit der ID Austria kostenlose Eingaben machen. Sachverständige sind seit 2019 zur ERV-Teilnahme verpflichtet. Das elektronisch geführte Grundbuch, das Firmenbuch und die Ediktsdatei runden das Bild ab. FinanzOnline nutzen über 6,7 Millionen Personen – Steuererklärungen und Bescheide werden vollständig elektronisch abgewickelt. Kurz: Österreich verfügt über eine ausgereifte digitale Rechtsinfrastruktur.

Die Versuchung – und die Falle

KI-Tools wie ChatGPT versprechen Effizienzgewinne: Vertragsentwürfe, Stellungnahmen, Aktenanalysen – schneller als je zuvor. Doch bei der KI handelt es sich nicht wirklich um „Intelligenz“, sondern vielmehr um Sprachmodelle. Das Problem dabei ist, sie „halluzinieren“: Sie erfinden zum Teil Paragraphen, Entscheidungen und Aktenzeichen, die korrekt klingen, aber nicht existieren. Das bekannteste Beispiel ist der US-Fall *Mata v. Avianca, Inc.* (2023): Anwalt Steven Schwartz reichte einen Schriftsatz ein, der sechs Gerichtsentscheidungen zitierte – alle von ChatGPT frei erfunden, komplett mit Aktenzeichen und Urteilsbegründungen. Richter Kevin Castel verhängte eine Geldstrafe von 5.000 US-Dollar. Das war kein Einzelfall: Eine internationale Datenbank zählt bis April 2026 mehr als 1.300 solcher Verfahren – 800 allein in den USA. Im Oktober 2025 wies das Amtsgericht Köln einen Antrag ab, weil ein Anwalt nicht existierende Urteile zitiert hatte. Das Kammergericht Berlin ermahnte im Juni 2026 eine Anwältin, weil eine angebliche BGH-Entscheidung frei erfunden war – Ergebnis einer, so das Gericht, „fantasierenden KI“.

Der Rechtsrahmen: AI Act und DSGVO

Die EU hat reagiert. Der AI Act (Verordnung EU 2024/1689) ist seit 1. August 2024 in Kraft – EU-weit das erste übergreifende KI-Regelwerk, das sogar globale Auswirkungen hat, wenn z. B. ein KI-Anbieter aus den USA seine Künstliche Intelligenz in der EU anbietet. Der Einsatz verbotener KI-Systeme ist seit Februar 2025 untersagt; zudem sind die Bestimmungen zur KI-Kompetenz seit diesem Zeitpunkt anwendbar. Transparenzpflichten für generative KI gelten seit August 2026. Ab August des Jahres bzw. 2027 greifen die vollen Pflichten für Hochrisiko-KI-Systeme, gestaffelt je nach Kategorie (Hochrisiko-KI-Systeme nach Anhang III des AI Acts bzw. Hochrisiko-KI-Systeme nach Anhang I des AI Acts). Österreich hat die KI-Servicestelle bei der RTR eingerichtet, nationale Marktüberwachungsbehörden fehlen jedoch noch – eine parlamentarisch kritisierte Lücke. DSGVO und AI Act gelten parallel: Der KI-Einsatz ist untrennbar mit der Verarbeitung großer Datenmengen verbunden. Wer KI-Systeme betreibt, muss daher beide Regelwerke beachten.

Chancen mit Verantwortung

Jedoch muss man ganz klar festhalten: Digitalisierung im Allgemeinen und Künstliche Intelligenz im Speziellen sind keine Bedrohung für das Recht – sie sind eine Chance, wenn verantwortungsvoll eingesetzt. RIS, ERV, JustizOnline und FinanzOnline belegen, dass Österreich verlässliche digitale Strukturen besitzt. Bei vielen dieser Anwendungen ist Österreich sogar Vorreiter. KI kann auf die bestehenden digitalen Werkzeuge aufbauen. Sie hat das Potenzial, ein wichtiges Hilfsmittel im rechtlichen Alltag zu werden, eine juristisch fundierte Prüfung durch einen Menschen wird die KI nicht ersetzen. Auch in der Verwaltung kann mit Künstlicher Intelligenz vieles vereinfacht werden – insbesondere in der Steuerverwaltung oder im Bauwesen (Stichwort „digitale Baueinreichung“). Für uns Bürgerinnen und Bürger kann die fortschreitende Digitalisierung Kosten- und Zeitersparnis bringen. KI kann und wird einen Teil dazu beitragen – wenn sie sinnvoll eingesetzt wird.



© zVg

Mag. Karim Mousa, MSc

Rechtsanwalt für Gesellschafts-,
Immobilien- und Wirtschaftsstrafrecht
km@mousariess.at

MORAlgorithmus

Warum der Mensch im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz unersetzbar bleibt

Was passiert, wenn Algorithmen Entscheidungen treffen – und niemand mehr fragt, ob sie richtig sind? Wir leben in einem Zeitalter, in dem Künstliche Intelligenz (KI) unsere Kommunikation verändert, unsere Arbeit, unsere Beziehungen – ja, sogar unser Verständnis von Moral. Inmitten dieser Transformation stellt sich eine entscheidende Frage: Was bleibt vom Menschen, wenn Effizienz plötzlich wichtiger wird als Empathie?

In MORAlgorithmus nimmt dich Marlon Possard auf eine sehr persönliche Reise durch die Welt der KI mit, die zugleich aber auch gesellschaftlich höchst brisant ist. Zwischen Begegnungen mit Chatbots, autonomen Systemen und algorithmischen Urteilen erzählt er von Momenten, in denen Technik glänzt – und von jenen, in

denen sie verstummt, wenn das Menschliche gefragt ist. Dieses Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für einen menschenzentrierten Umgang mit KI – fundiert, emotional, nachdenklich. Es zeigt, warum Menschlichkeit kein Relikt ist, sondern der wichtigste Maßstab für eine Zukunft, die wir gestalten und eben nicht bloß berechnen sollten.

Denn der Mensch ist eben kein simples Datenkonstrukt und seine Würde darf niemals optional sein.

Autor: Marlon Possard

ISBN: 978-3-200-10729-8

EUR 20,- (zzgl. Versandkosten)
Erschienen 2025



Bestellungen an office@urbanforum.at

Blackout: Wie gut haben Österreichs Bürger:innen für Stromausfälle vorgesorgt?

Die Ergebnisse unserer Umfrage sind kostenlos verfügbar!



Aktuelle Insights hier in unserer Studie zum Download:

EY“ und „wir“ beziehen sich auf alle österreichischen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG), eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht.

EY

Shape the future with confidence



The better the question. The better the answer. The better the world works.



SCHWERPUNKTTHEMA

„Pause AI Development“ – oder mit Vollgas in die künstlich intelligente Stadt?

Künstliche Intelligenz entwickelt sich in rasantem Tempo. Doch während immer leistungsfähigere Systeme entstehen, bleiben zentrale Fragen offen: Wer kontrolliert diese Entwicklung? Was bedeutet sie für Arbeit und Demokratie? Und: Welche Auswirkungen hat die dafür notwendige digitale Infrastruktur auf unsere Städte? US-Senator Bernie Sanders fordert deshalb eine Pause – und eine gesellschaftliche Debatte darüber, wohin die Reise gehen soll.

Im August 2026 sorgte Bernie Sanders mit einer ungewöhnlichen Forderung für Aufmerksamkeit. In einem Schreiben an Sam Altman von OpenAI, Dario Amodei von Anthropic und Mark Zuckerberg von Meta forderte der US-Senator die Unternehmen auf, die Entwicklung immer leistungsfähigerer KI-Systeme vorerst zu pausieren. Sanders warnt dabei nicht einfach vor neuer Technologie. Seine Kritik zielt auf eine grundlegendere Frage: Wer entscheidet eigentlich über die Geschwindigkeit der digitalen Transformation? Wenige internationale Technologiekonzerne investieren Milliarden in immer größere KI-Modelle und die dafür notwendige Infrastruktur. Die gesellschaftlichen Konsequenzen betreffen hingegen uns alle. Sanders nennt mehrere Bereiche: Arbeitsplätze könnten durch KI und Automatisierung verschwinden oder sich grundlegend verändern. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht könnte weiter zunehmen. Hinzu kommen mögliche Auswirkungen auf demokratische Prozesse und die Frage, ob besonders leistungsfähige KI-Systeme künftig überhaupt noch zuverlässig kontrolliert werden können. Damit wird aus einer technologischen Frage eine politische.

Digitalisierung braucht Infrastruktur

Gerade für Städte ist dabei ein Aspekt interessant, der in der Diskussion über Künstliche Intelligenz häufig in den Hintergrund rückt. Begriffe wie „Cloud“ oder „Künstliche Intelligenz“ suggerieren eine weitgehend virtuelle Welt. Tatsächlich basiert die Digitalisierung auf einer gewaltigen materiellen Infrastruktur. KI benötigt Rechenzentren, Hochleistungsprozessoren, Strom, Flächen, Glasfasernetze und Kühlsysteme. Wo neue Rechenzentren entstehen, treffen die globalen Ambitionen der Tech-Konzerne daher auf sehr konkrete lokale Fragen: Wie viel Energie steht zur Verfügung? Welche Flächen werden benötigt? Welche Auswirkungen entstehen für Stromnetze und Umwelt? Und wie viel Wasser wird für die Kühlung

gebraucht? Letzteres ist durchaus relevant. Pengfei Li, Jianyi Yang, Mohammad A. Islam und Shaolei Ren untersuchten den Wasserfußabdruck von KI-Systemen. Für das Training von GPT-3 in Microsoft-Rechenzentren in den USA errechneten die Forscher einen gesamten Wasserverbrauch von rund 5,4 Millionen Litern. Rund 700.000 Liter davon entfielen direkt auf die Rechenzentren. Auch die alltägliche Nutzung benötigt Ressourcen. Die Forscher errechneten für GPT-3 als Größenordnung etwa einen halben Liter Wasser für zehn bis 50 mittelgroße Antworten. Das bedeutet allerdings nicht, dass jede heutige ChatGPT-Anfrage eine fixe Menge Wasser „verbraucht“. Modell, Standort, Wetter, Kühlsystem und Stromversorgung können den tatsächlichen Fußabdruck erheblich verändern.

Eine neue Aufgabe für Städte

Sanders hat deshalb neben seiner Forderung nach einer Pause bei der KI-Entwicklung auch Rechenzentren ins Visier genommen. Gemeinsam mit Alexandria Ocasio-Cortez präsentierte er im März 2026 einen Vorschlag für ein Moratorium beim Bau neuer KI-Rechenzentren, bis entsprechende bundesweite Regeln geschaffen wurden. Damit berührt die amerikanische Debatte eine Frage, die auch europäische Städte zunehmend beschäftigen wird: Wie soll die Infrastruktur der digitalen Transformation gestaltet werden? Urbane Zentren sind dabei keineswegs nur passive Schauplätze. Raumplanung, Energieversorgung, Wärme- und Kühlsysteme, Flächennutzung, öffentliche Verwaltung und teilweise auch die Bereitstellung digitaler Infrastruktur sind kommunale Themen. Gleichzeitig gehören Städte selbst zu den großen potenziellen Anwendern von KI – von Verkehrsplanung und Energieeffizienz über Verwaltungsverfahren bis zur Analyse großer Datenmengen. Die Frage kann daher nicht lauten, ob Städte Digitalisierung verhindern sollen. Vielmehr geht es darum, welche Digitalisierung sie ermöglichen wollen und nach welchen Regeln. Das betrifft auch den Arbeitsmarkt. Wenn Künstliche Intelligenz Verwaltungsarbeit, Kundenservice, Übersetzungen, Programmierung oder andere Tätigkeiten teilweise automatisieren kann, verändern sich Berufsbilder. Sanders stellt deshalb die Verteilungsfrage: Wenn KI die Produktivität erhöht, profitieren davon nur Unternehmen und deren Eigentümer:innen – oder auch Arbeitnehmer:innen, etwa durch kürzere Arbeitszeiten und höhere Einkommen?

Wer gestaltet die digitale Stadt?

Genau hier liegt die größere Bedeutung der aktuellen Auseinandersetzung. Die Digitalisierung der Städte darf nicht darauf reduziert werden, möglichst viele Prozesse mit KI auszustatten. Eine digitale Stadt braucht auch demokratische Entscheidungen darüber, welche Technologien eingesetzt werden, wem Daten gehören, wie Beschäftigte geschützt und welche Ressourcen dafür eingesetzt werden. Sanders' Forderung nach einer KI-Pause mag radikal erscheinen. Ein weltweiter Entwicklungsstopp wäre schwer durchsetzbar und könnte den technologischen Wettbewerb zwischen den USA, China und Europa zusätzlich verschärfen. Gleichzeitig zwingt seine Intervention dazu, über eine Frage nachzudenken, die im gegenwärtigen KI-Wettlauf leicht verloren geht: Muss alles, was technologisch möglich ist, auch so schnell wie möglich umgesetzt werden? Für Städte ist diese Frage besonders relevant. Denn dort wird Digitalisierung konkret. Dort werden Rechenzentren gebaut, Strom und Wasser verbraucht, neue Technologien in Verwaltungen eingesetzt und ihre Auswirkungen auf Arbeitnehmer:innen und Bürger:innen sichtbar. Die digitale Stadt der Zukunft entsteht deshalb nicht allein in den Entwicklungszentren von OpenAI, Meta oder Anthropic. Sie entsteht auch durch politische Entscheidungen vor Ort. Die zentrale Herausforderung besteht darin, technologischen Fortschritt nicht nur zuzulassen, sondern ihn aktiv zu gestalten – ökologisch tragfähig, sozial ausgewogen und demokratisch kontrolliert.



© zVg

Bernd Herger, BSc
Vorstandsmitglied von
Urban Forum